

VON DER EUROPÄISCHEN ENERGIEGEMEINSCHAFT ZUR ENERGIEUNION

Jacques Delors | *Gründungspräsident des Jacques Delors Institute*

Sami Andoura | *Seniorforscher am Jacques Delors Institute, Professor und Inhaber des Lehr- und Forschungsstuhls Europäische Energiepolitik am Europakolleg*

Jean-Arnold Vinois | *Berater am Jacques Delors Institute*

Der Aufruf zu einer „Energieunion“ als eine Priorität der Europäischen Kommission kündigt einen entscheidenden Durchbruch an, der ausgehend von drei sich ergänzenden Ausrichtungen konkretisiert werden muss. Jacques Delors, Sami Andoura und Jean-Arnold Vinois nehmen hierzu auf der Grundlage des neuen Berichts [“Von der europäischen Energiegemeinschaft zur Energieunion”](#) des Jacques Delors Institutes Stellung.

1. Die Rückkehr der Energie in den Mittelpunkt der europäischen Konstruktion : Schluss machen mit kurzfristigem Handeln und dem Rückzug in den Nationalstaat

Der Energiesektor entzieht sich nicht der aktuellen Schwäche der europäischen und nationalen politischen Systeme, die durch eine ausgesprochen kurzfristige Sichtweise und die steigende Tendenz der Staaten und der Bürgerinnen und Bürger zu einem Rückzug in den Nationalstaat charakterisiert ist. Die europäischen Völker haben vor der Globalisierung und der Zukunft Angst. Unter dem Druck politischer Geschehnisse sowie wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit verlieren sie das Gefühl ein gemeinsames Erbe des Zusammenlebens zu haben. Hat Europa noch etwas zu sagen und ist es bereit dazu?

Es gilt jetzt, einen neuen gemeinsamen Antrieb zu finden und die Art und Weise, wie wir zusammenleben und zusammen regieren, zu überdenken. Die EU verfolgt heute in vielen wesentlichen Bereichen eine gemeinsame Politik. Weshalb sollte die Energiethematik also nicht den zentralen Platz einnehmen können, die ihr im Rahmen des europäischen Projekts zusteht und den die europäischen Bürgerinnen und Bürger seit Jahren fordern?

2. Die Energieunion: Entschlossene Aktionen für ein langfristiges europäisches Projekt der Energiewende

Der Europäische Rat hat zu einer Energieunion aufgerufen, deren Inhalt noch nicht definiert ist, aber die an erster Stelle in der Agenda und den Prioritäten der neuen Kommission steht. Um den Akteuren, die diese komplexe Aufgabe zu bewältigen haben, zu helfen, muss vor allem entschieden werden, welche europäischen Projekte und Mittel entwickelt und ausgebaut werden sollen, um eine echte Energieunion zu schaffen, die auf den europäischen Grundwerten

und Grundsätzen der Integration, Zusammenarbeit und Solidarität basiert.

Die Energieunion ist der Katalysator für die notwendige Energiewende in Europa. Sie soll dazu beitragen, den fragmentierten, kurzfristigen und auf den Rückzug in den Nationalstaat gekennzeichneten Ansatz zu überwinden, der gefährliche Auswirkungen auf Europa hat. Die Energieunion basiert auf einem neuen nachhaltigen Wirtschaftsentwicklungsmodell. Der Schwerpunkt des europäischen Energiesystems muss von den Produzenten auf die Verbraucher, von einem Modell des Produktionswettlaufs auf ein Modell der Senkung des Energieverbrauchs, d.h. der Energienachfrage verlagert werden. Eine neue, auf Innovation und dem Einsatz von Digital- und Informationstechnik im Energiesektor basierende Industriestrategie muss hervorgehen.

Die Energieunion ist ein Projekt für alle. Sie erzeugt für alle Europäerinnen und Europäer Wohlstand und Wohlbefinden. Sie fördert die Solidarität, beispielsweise indem sie die Energieversorgung aller zu einem erschwinglichen Preis sicherstellt. Eine im Hinblick auf die Herausforderungen und Chancen des neuen europäischen Energiewende-Modells bessere Erziehung und Ausbildung der jungen Generationen ist eine Aufgabe, der die EU gewachsen ist.

Ein europäischer Sozialdialog im Energiesektor ist notwendig, um diese sich stark auf den Arbeitsmarkt auswirkende Veränderung zu begleiten. Die Energieprekarität ist eine sich immer weiter ausbreitende Realität, die im Rahmen einer echten Sozialpolitik für den Energiebereich von der Europäischen Union angegangen werden muss. Die Energieunion hilft auch afrikanischen, asiatischen und anderen Bevölkerungen der Welt, die noch nicht mal einen Zugang zu Energie haben.

Ein weiterer Aspekt der Energieunion ist eine europäische Energiediplomatie, die unser Energiewende-Projekt fördert und weltweit europäische Interessen verteidigt, vor allem im

Rahmen europäischer Handelspolitiken. Sei es auf bilateraler oder multilateraler Ebene – es geht in erster Linie nicht darum, mit einer Stimme zu sprechen, sondern eine starke und eindeutige, vom Sprecher unabhängige europäische Botschaft zu vermitteln. Die Energieunion baut ihre Zukunft auf einer soliden Grundlage auf, indem sie sich auf eine europäische Energie- und Klima-Informationsagentur stützt.

Die Energieunion kehrt zur Einfachheit zurück und stellt die Gemeinschaftsmethode wieder in den Mittelpunkt des institutionellen Gefüges. Ein virtuelles Energieforum, das alle Akteure zusammenführt und die bestehenden Konsultationsmethoden vereinfacht, würde die Energieunion für jedermann zugänglich machen und ihre öffentliche Akzeptanz sicherstellen.

Dies sind die hauptsächlichen Vorteile einer die 28 Mitgliedstaaten vereinigenden Energieunion. Die kritische Masse der Europäischen Union, ihres Binnenmarkts und ihrer 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger bzw. Verbraucher, ist ein großer Trumpf, der genutzt werden muss. Dafür sollte man sich vor allem auf die Integration des Binnenmarkts stützen. Der Energiebinnenmarkt bewegt sich allerdings nicht in diese Richtung. Daher ist es die sehr kurzfristige Priorität für die EU die aktuelle europäische Energiepolitik intelligent zu überarbeiten.

3. Eine unerlässliche Voraussetzung: Die sehr kurzfristige Überarbeitung der europäischen Energiepolitik

Der neue europäische Rahmen der Energie- und Klimapolitiken für 2030 ist durch eine rückläufige europäische Ambition gekennzeichnet, insbesondere im Bereich der Förderung erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz. Die EU hat den Widerspruch zwischen der Verfolgung eines souveränen Ansatzes der Staaten und der unübersehbaren europäischen und internationalen Dimension der identifizierten Probleme nicht gelöst. Dieser Rückschritt kann, wenn er nicht durch eine verstärkte europäische Governance kompensiert wird, dazu führen, dass die im Jahr 2007 mutig auf Europa ausgerichtete Energiepolitik auf gefährliche Weise wieder auf die nationale Bühne zurückgeholt wird. Trotz der in den letzten Jahren errungenen zahlreichen Leistungen und Erfolge leidet die europäische Energiepolitik unter einem „Konstruktionsfehler“ und strukturellen Mängeln, die behoben werden müssen.

1. Siehe Sami Andoura und Jean-Arnod Vinois, Vorwort von Jacques Delors, „Von der Europäischen Energiegemeinschaft zur Energieunion“, Studien und Berichte Nr. 107, Jacques Delors Institut – Berlin, Januar 2015.

Als erstes muss der Energiebinnenmarkt als Instrument zur Optimierung der Energieressourcen durch alle Akteure, einschließlich der Verbraucher, vollendet werden. Die erste Voraussetzung ist die Umsetzung aller Regeln in allen Mitgliedstaaten. Die Realisierung der für die physische Integration des Marktes und die Abschaffung der „Energieinseln“ notwendigen Infrastrukturen muss vorangetrieben werden. Der Einzelhandel muss in einem europäischen Rahmen organisiert werden und transparent sein, um den Verbrauchern die Möglichkeit zu geben, ihr Handeln auf Energieeffizienz auszurichten. Die Gas- und Stromversorgungssicherheit muss klaren europäischen Normen und mit den verschiedenen Akteuren abgestimmten, grenzüberschreitenden Präventivmaßnahmen unterliegen.

Darüber hinaus muss der EU die Rolle zugewiesen werden, die ihr auf internationaler Bühne, und im Besonderen in ihrer direkten Nachbarschaft, zusteht. Diese muss die Interdependenz der Volkswirtschaften reflektieren anstatt kurzfristigen, an einer globalen Vision mangelnden Aktionen ausgesetzt zu sein. Die Beziehungen mit den unmittelbaren Nachbarn müssen verstärkt werden, um den gesamteuropäischen, den Mittelmeerraum einschließenden Raum zu schaffen, den die europäische Energiegemeinschaft bereits skizziert hatte.

Schließlich muss die europäische Governance im Energiebereich verstärkt werden und die regionale Dimension muss als ein notwendiger Zwischenschritt angesehen werden. Die Europäische Kommission muss ihre einzigartige historische Rolle als Initiatorin von ehrgeizigen und begründeten Handlungsvorschlägen, als Dialogbegleiterin und als Hüterin der Verträge in vollem Umfang wahrnehmen. Die europäische Energiepolitik sollte nicht mit einer Silo-Mentalität entwickelt, sondern mit allen anderen relevanten politischen Maßnahmen verbunden werden.

Keiner dieser Aktionen erfordert institutionelle Veränderungen oder Änderungen der Verträge. Die Vorrangstellung, die die europäischen Institutionen der Energieunion einräumen, ist sehr willkommen. Sie muss sich in starken und verbindenden Handlungen niederschlagen, die von der Europäischen Kommission vorgeschlagen und von den Akteuren diskutiert, verabschiedet und umgesetzt werden müssen. Es ist an der Zeit, den Enthusiasmus für eine Idee wiederzufinden, die utopisch bleibt, aber verwirklicht werden kann. Es gibt keine Zeit mehr zu verlieren.